

# Der Gesellschafter

## Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage „Unsere Heimat“ Nagolder Tagblatt mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feierstunden“

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Man kann sie haben von jedem Ort.

Die in der Zeitung enthaltenen Nachrichten sind von größter Wichtigkeit für die Bevölkerung. — Man kann sie haben von jedem Ort.

Telegraphische Adresse: „Gesellschafter Nagold.“ Postfachnummer: Stuttgart 5113.

Er scheint an jedem Sonntag, Beschlüssen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

**Bezugspreis**  
Im Jahr 4 1.80  
einzel. Lieferungen,  
einzel. Nr. 10 20 Pf.,  
Bezugspreis f. Anzeigen:  
Die einseitige Zeile und  
gewöhnlicher Schrift über  
den Raum 12 Zeilen  
einmalige, Resten 24  
einmalige, Familien-  
einmalige 10 Zeilen. Bei  
gewöhnl. Beilage und  
Anzeigen ist der Rabatt  
hinzu.

Nr. 131 Begründet 1826. Donnerstag den 5. Juni 1924. Fernsprecher Nr. 29. 98. Jahrgang

### Tagespiegel

In Berlin sind in 16 Brauereien 6000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Viele japanische Studenten haben Berlin und Charlottenburg verlassen. Gerüchteleise verlautet, daß sie wegen militärischer Vorbereitungen (gegen Amerika?) in die Heimat gehen wollen.

Die im Ruhrgebiet liegenden belgischen Besatzungstruppen sollen unerschrocken ausgewechselt und der frühere Besatzung General Boremans wieder ins Ruhrgebiet geschickt werden. — Sollten die belgischen Soldaten kommunistischen Schaden an ihrer Seele genommen haben?

In London sind Nachrichten eingelaufen, daß die römische Regierung gestürzt worden sei und General Roarica die Regierung übernommen habe.

Die Senatkommission in Washington hat mit 11 gegen 8 Stimmen den Antrag des Senats abgelehnt, den verstorbenen Frauen und Kindern in Deutschland einen Kredit von 10 Millionen Dollar zu gewähren. Das Abgeordnetenhaus hatte den Antrag bereits angenommen. Die Kommission lehnte einen weiteren Antrag ab, daß über die Schuld Deutschlands am Krieg eine Untersuchung eingeleitet werden soll. — Abat

Der Reichstag nahm in seiner gestrigen Nachmittags-Sitzung die Programmklärung des wiedererstandenen Kabinetts Marx entgegen.

Reichskanzler Marx beschränkte sich in seiner Regierungserklärung im wesentlichen auf die Ankündigung der unveränderten Fortführung der bisherigen Politik.

verbesserung von 17%, also durchschnittlich 12 M im Monat, gubligst zu bewilligen, und dann bei den Beamten von Gruppe 13 an (Ministerialräte) eine Erhöhung von 21%, also durchschnittlich 300 M im Monat, durchzuführen. Das ist die Beamtenliste mit Beizeln dem kommunistischen Lager zugehörig! Der Wind ist, wie Sturm ernten! In unserer Lage ist es dringend nötig, alle staatsverhaltenden und zur Mitarbeit am neuen Staatsgebäude bereiten Kräfte zusammenzufassen, um eine gewaltige Uebermacht gegenüber den staatsverneinenden Elementen, die erstiger denn je am Werke sind, zu schaffen und um dadurch eine Kontinuität in der Führung der Außen- und Innenpolitik zu erhalten, die, wenn wir nicht durch den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, an der inneren Neugestaltung unserer Staatswesens, am Bestand unserer Kultur arbeiten, bitter notwendig ist. Mögen die zuständigen Stellen umkehren von diesem Wege der Behandlung unserer Beamtenliste, der zum Untergang des treuen und christlichen Staatsdieners führen wird.

A. F.

Hauptpunkte erwarten lassen, und deshalb werde das Schicksal des besetzten Gebiets besonders betont werden.

Einige Blätter wollen wissen, Reichspräsident Ebert habe Dr. Marx wissen lassen, wenn er die Kabinettsbildung nicht noch am Dienstag vollzogen habe, so werde Dr. Ebert beauftragt werden.

### Anteil der Landwirtschaft am Rentenmarktkredit

Berlin, 4. Juni. In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde das preussische Staatsministerium erzuht, von der Reichsregierung folgende Auskunft darüber zu erlangen, wie viel Kredit an Rentenmark der deutschen Landwirtschaft ohne Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Industrie bisher bewilligt worden sei. Der Landwirtschaftsminister erwiderte, nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums habe am 7. April d. J. die Summe der an die Landwirtschaft und ihre Gewerbe gewährten Kredite ungefähr 645 Millionen Rentenmark betragen. Hierzu kommen die Kredite, welche Handel und Industrie durch Diskontierung von Landwirtschaftswchseln erhalten haben und die etwa 200 Millionen Rentenmark betragen so daß die Landwirtschaft insgesamt mit ungefähr 845 Millionen Rentenmark an den Rentenmarkkrediten der Reichsbank beteiligt ist. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erhielt seine Kredite hauptsächlich durch Bewilligung der Preußenkasse, aus dem dieser bewilligten Kontingent daneben gewisse zahlreiche Genossenschaften im Reich noch einen Diskontkredit bei ihrer örtlichen Reichsbankstelle; die Summe der von ihnen dort in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Kredite betrug am 7. April ungefähr 46 Millionen Rentenmark. Diese Kreditsumme umfaßt alle ihr eingeräumten, verschiedenen Zwecken dienenden Einzelkredite. Für nicht landwirtschaftliche Kreditbedürfnisse sollen von 30 bis 40 Millionen Rentenmark ausgewandt worden sein, die von der obigen Gesamtsumme von 845 Millionen abzuziehen wären. Als landwirtschaftliches Gewerbe ist aber in erster Linie geröhnet die Zuckerraffination, daneben sind mit geringeren Beträgen beteiligt landwirtschaftliche Brennereien, Kolkerrien usw. Insgesamt entfällt von der obigen Summe auf die rein landwirtschaftlichen Gewerbe nur ein Betrag von ungefähr 80 Millionen Rentenmark.

**Marx' Abflug an die Deutschnationalen**

Berlin 4. Juni. Nachdem auch die im Verlauf des gestrigen Tags geführten Besprechungen über die Regierungsbildung sich gelöst haben, teilte Dr. Marx den Deutschnationalen mit, daß er die Verhandlungen mit ihnen abbrechen müsse. Die politische Lage lasse über eine Verzögerung der Kabinettsbildung nicht mehr zu, er werde daher unverzüglich an die Regierungsbildung herantreten.

Den Ausschlag für das Scheitern der Verhandlungen soll ein Telegramm des rheinischen Oberpräsidenten Fuchs (Ztr.) an den Reichspräsidenten gegeben haben, worin namens des besetzten Gebiets das Zustandekommen einer Regierung gefordert wird, die die Verhandlungen über das Sachverständigengutachten auf der Grundlage der Politik der Mittelparteien zu führen entschlossen sei. Von anderer Seite wird behauptet, das Telegramm sei eine bestellte Arbeit gewesen. (?)

### Erklärung der Deutschnationalen

Berlin, 4. Juni. Die Reichstagsfraktion veröffentlicht eine Erklärung: Die Verhandlungen über die Regierungsbildung seien erheblich später eröffnet worden, als es die Deutschnationalen erwartet und wiederholt verlangt haben. Reichspräsident Ebert habe sich über den parlamentarischen Brauch hinweggesetzt und sich nicht bezogen gefügt, die stärksten Partei den Auftrag zur Kabinettsbildung zu geben. Gleichwohl haben die Deutschnationalen im Bewußtsein ihrer Verantwortung durch weisses Entgegenkommen eine dem Wahlergebnis einigermaßen entsprechende Umwandlung der Regierungsvorhältnisse herbeizuführen gesucht. In welchem Ergebnis schließlich die Einigung scheiterte, ist schwer verständlich. Ob daran die entstellten Bedürfnisänderungen in gewissen Blättern die Schuld tragen, werden die zu erwartenden Erörterungen vielleicht erhellern. In den Mittelparteien seien starke Kräfte vorhanden gewesen, die ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen von Anfang an verhindern wollten. Die Bayerische Volkspartei werde sich an der sogenannten Kleinen Koalition nicht beteiligen, es sei aber nicht möglich, daß selbst bei Unterstützung der Sozialdemokratie auf diese Weise regiert werden könne. Die Deutschnationalen Volkspartei habe die volle Freiheit des Handels wieder und werde von ihr entschlossen Gebrauch machen.

### Erklärung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 4. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt, die Verhandlungen seien durch die Beschlüsse der deutschnationalen Fraktion und ihre allerdings entstellte Veröffentlichung durchkreuzt worden. Die Deutsche Volkspartei habe keine Sicherheit bieten können, daß in Preußen Neuwahlen vorgenommen werden für sie sei entscheidend gewesen, daß die Deutschnationalen unbedingt die Preisgebung Stresemanns verlangte. Die Deutsche Volkspartei sei nicht bereit, den Kopf ihres Parteiführers einer anderen Partei zu opfern. So seien die Verhandlungen zur Bildung einer großen bürgerlichen Koalition gescheitert, die Partei hoffe aber, daß dieses Ziel doch noch erreicht werden könne. Sie beteilige sich wieder an der Kleinen Koalition in dem Bewußtsein, daß sie auch dieses Opfer dem Vaterland bringen müsse.

### Verwarnung an die Kommunisten

Berlin, 4. Juni. Reichstagspräsident Wallraf hat nach der „Z.“ den kommunistischen Abgeordneten Remmels drücklich benachrichtigt, daß er als geschlichter Hausherr des Reichstags Remmels das Betreten des Hauses während der nächsten 20 Sitzungen verbiete. (Remmels hat trotz dreimaligen Ordnungsrufs und wiederholter Aufforderung, sich zu entfernen, den Saal nicht verlassen, sondern den Präsidenten durch gemeinliche Schimpfworte, wobei er ihn fortwährend mit „du“ anredete, beleidigt.) Sollte Remmels dennoch erscheinen, so würde dies nach der Geschäftsordnung als Hausfriedensbruch behandelt und könnte zur Verhaftung „auf freier Tat“ führen. Falls die Kommunisten die Sitzungen fortsetzen sollten, werden weitere Ausschließungen angedroht, womit Entziehung der Eisenbahnfahrkarte und der Abgeordnetengelder verbunden ist.

### Betriebs einschränkungen in Berlin

Berlin, 4. Juni. In der Berliner Maschinenindustrie sind erhebliche Arbeiterkündigungen vorgenommen worden, die großen Indultrieerwerbe legen außerdem von heute an Feiertage ein. In der Sitzung des Vereins der Berliner Industriellen wurde mitgeteilt, daß die Auslandsaufträge seit Mitte Mai so gut wie ganz ausgeschlossen seien, zumal die deutschen Ausfuhrpreise bereits über Weltmarktlänge liegen.

### Die Russen bleiben in Gall

Berlin, 4. Juni. Das Landvolk hat die Felder des

### Ein Unrecht an unserer Beamtenliste!

Wer erinnert sich nicht der lebenden und preissenden Worte, die bei der Durchführung der Personalabbauordnung in Reich und Ländern der Beamtenliste gessollt wurden? Welche Zeit war es, daß diese Anerkennung kam. Die Beamtenliste mußte während der Festsitzung von ihrer Substanz leben, ein Notgeld für kommende schwere Zeiten konnte nicht zurückgelegt werden, mußte darben an Nahrung, Kleidung und Weiterbildung. Es kam der Ansturm fast aller führenden Kreise gegen die „unfairen Beamtengehälter“. Wer alle machten mit, es gehörte sich so, die Beamten mußten parieren. Und sie mußten! 25% aller Beamten wurden abgebaut, hinaufgestellt auf die Straße, Kriegsteilnehmer, Familienväter, im Dienst erprobte treue Männer, junge bestellte, schaffenskräftige und schaffensstärkliche Beamten wurden auf der erwählten und mit schweren Opfern erlernten und hartgeworbenen Tätigkeit herangeführt. Sie mußten notwendigen Unterhand luchen, einen Unterhand, dessen Dach viele Wäher hat. Man wurde von der treuen Beamtenliste gelprochen, man mußte die Hilfe verließen, vorher wozu sie die Schwarzer am Marke des Staates. Es kam die Rentenmark, mit ihr das Aufheben der Teuerungsgulagen, es kam ein Grundgehalt, der nicht ganz die Hälfte des früheren Gehaltes war; dabei war die Kontrakt der Markt beträchtlich gesunken. Die Beamtenliste trugte, wie so oft, zum Wohle des Vorgesetzten ihr gestelltes Maß an Not tragen. Sie hat es getragen, im Bewußtsein, daß der Staat als Ganzes keine Ausgaben über die Grenze des gerade noch Erträglichem einschneiden mußte. Nun kamen die vielen Reichsrente als Beamtenkreisse, die Not, die fürchterliche Not hielt Einzug hauptsächlich in den Kreisen der unteren Beamten. Es kam das Sachverständigengutachten mit der Feststellung, daß das deutsche Reich in den nächsten Jahren mit einer Erhöhung seiner Ausgaben rechnen müsse, insbesondere mit der Ausgaben für Beamtengehälter betrage. Es kam der wahr. Söldnerkrieg mit der Fortsetzung nach Erhöhung der Gehälter, die Arbeitszeit wurde von 48 auf 54 Stunden hinausgesetzt, durch den Abbau wurden die übrig gebliebenen Beamten mit bedeutend Mehrarbeit belastet. Wer es mochte konnte, ging vom Staatsdienst weg in Gewerbe- oder Adperschafstdienst, er hatte hier meistens Aussicht, besser einzufügen zu werden u. schneller vorwärts zu kommen. Die höchsten Kräfte lebten dem Staatsdienst den Rücken. Es kam die Bekleidungspreize, die als beschützt anerkannter Forderungen der Behörde noch enblicher Gleichstellung mit den mittleren Beamten wurden auf die Seite geschoben. Die Beamtenliste mochte auf die Reilage aufmerksamer, aber sie mochte trinen Not; die Regierung mußte helfen, weil der Staatsgehalt verlor zu gehen schien. Es kam auf 1. Juni eine Aufbesserung der Beilage. Doch dies Nocht die Frist! Der Kopf, der diese ungerichte und dem logischen Entschieden ins Gesetz schlagende Regelung herausmullplüziert hat, muß entweder auf dem Wande leben, muß so kurzschichtig sein, daß er nur seine eigene Gruppe — toischer über 13 — nicht aber muß er den unteren Beamten, die jeden Pfennig herumberechnen müssen, ehe sie ihn ausgeben, jede Überschuldung abprechen. Mit dem gesunden Menschenverstand kann man es nicht lassen. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, den unteren Beamten, deren Einkommen zum großen Teil unter dem Existenzminimum liegen, eine Auf-

### Neue Nachrichten

#### Das frühere Reichskabinett bestätigt

Berlin, 4. Juni. Der Reichspräsident hat gestern Abend Dr. Marx aufs neue als Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern bestätigt.

Das Kabinett legt sich demnach folgendermaßen zusammen: Reichskanzler: Dr. Marx (Zentr.); Inneres und Wirtschaf: Dr. Barres (D. Sp.); Wehrwesen: Dr. Stresemann (D. Sp.); Reichswehr: Dr. Gehler (Dem.); Arbeit: Dr. Brauns (Zentr.); Post: Hölle (Zentr.); Finanzen: Dr. Vuhler (D. Sp.); Ernährung: Graf Rönig (bei keiner Partei); Wirtschaft: Hämmer (Dem.); Verkehr: Defer (Dem.). Das Justizministerium ist noch unbesetzt geblieben, da mit der Bayer. Volkspartei noch Verhandlungen über den Beitritt zur Regierungskoalition oder deren Unterstützung schweben. Gegebenenfalls würde Dr. Gumbinger (Bayer. Volksp.) das Ministerium wieder übernehmen.

Die Regierungskoalition verliert im Reichstag über 137 und unter Majoranz der zugelassenen sozialdemokratischen Unterstützung über 237 Stimmen; sie besitzt also eine Mehrheit von 1 Stimme. Die Bayer. Volkspartei zählt weiterhin 10 Stimmen.

#### Das Kabinett vor dem Reichstag

Berlin, 4. Juni. Das Kabinett Marx trat heute nachmittag vor den Reichstag.

Nach der „Z.“ stellt das Kabinett seine Vertrauensfrage, sondern legt sein Programm zum Sachverständigengutachten dar, wobei die Maßnahmen zur Durchführung des Gutachtens erwidert werden. Die Regierung erwarte hierin die Unterstützung aller „Einsichtigen“. Eine Abstimmung soll in einer Form herbeigeführt werden, die eine Mehrheit für die

1981  
en  
Deutschland  
ort ge  
instanz  
le, Bor  
en-  
h,  
ligen für  
Abfall auf  
dieser bei  
und zu  
ang.  
oidor,  
g. u. R.  
15.  
1923  
-15 Str.  
h  
fett-  
er  
omster.  
en  
ähle  
1924  
kauf in  
1922  
ose“  
geszeit  
öhre,  
weiche, für  
welche Feil-  
ausführen  
kaut weit  
erets  
Hesührt.  
und gut  
erte  
mer  
m leiten  
Geschäfts-  
1925  
bibeln  
er. Regel.  
Gene  
band 8 Uhr  
Gesamt-  
Probe  
„Brand“  
1973  
ns.





verhafteten Mitglieder der russischen Handelsvertretung gegen die Haftbefehle der Untersuchungsrichter abgelehnt, da Fluchtverdacht bei der Höhe der zu erwartenden Strafen jach bestehe.

#### Eröffnung des bayerischen Landtags

München, 4. Juni. Gestern nachmittag wurde der bayerische Landtag eröffnet. Die Sätze der Regierung waren leer. Als die Abgeordneten den Saal betraten, gaben die Kommunisten an den Deutschen die Hand, die Russen: „Nieder mit den Bolschewiken!“ Die Deutschen erwidern: „Tschentschew!“ Zum Präsidenten wurde wieder Abg. Königsbauer (Bayer. Volksp.) zum ersten Vizepräsidenten Abg. Dörfler (Wältisch, in Stichwahl gegen Kuer, Soz.) zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Zeiger (D-nat.) gewählt.

#### Koalition in Bayern

München, 4. Juni. Die Bayerische Bauern- und Mittelstandspartei erklärte sich bereit, mit der Bayer. Volkspartei, der Mittelpartei (Deutschnationale) und dem Bauernbund eine Regierungskoalition einzugehen. Unter den Voraussetzungen ist die wichtigste, daß der frühere Reichsrechnungsinhaber Professor Fehr bayerischer Landwirtschaftsminister werde. (Das Landwirtschaftsministerium ist im vorigen Jahr nach dem Ausscheiden Wühlholers aus dem Kabinett und des Bayer. Bauernbunds aus der Koalition aufgehoben worden.)

Von den kürzlich verhafteten 63 Kommunisten befinden sich noch 8 in Schutzhaft.

#### Glückwünsche aus Bayern

München, 4. Juni. Die Deutschnationale Volkspartei Bayerns hat an den neugewählten Staatspräsidenten von Württemberg, Bagille, folgendes Telegramm gerichtet: „Deutsch-Nationale Bayerns württembergischen Staatspräsidenten. Möge unter Ihrer Führung das württembergische Reichsland seine nationale Sendung zum Wohle des Reichs erfüllen.“

Auch der bayerische Justizminister Görtner hat dem neuen Staatspräsidenten seine Glückwünsche telegraphisch ausgesprochen.

#### Das Befinden Seipels

Wien, 4. Juni. Nach einem heute vormittag 9.30 ausgegebenen Bericht fühlt Dr. Seipel seinen Zustand gebessert.

#### Millerand will nicht zurücktreten

Paris, 4. Juni. Der „Matin“ schreibt, Präsident Millerand denke nicht daran, zurückzutreten, wie sehr auch die Radikalen und Sozialisten gegen ihn hegen. Er sei am 7. Jahre vom Parlament gewählt und könne seine Wählern keine Bitte die Bitte sich weigern würde, das Ministerium zu bilden, so werde Millerand selbst ein Ministerium schaffen und sei es der Verantwortung jedes Abgeordneten überlassen, ob er in der Vertrauensabstimmung dem Präsidenten die Ausübung seiner ersten Pflicht möglich machen wolle oder nicht. Erst dann werde Millerand seine Entscheidung treffen.

#### Das Frauenstimmrecht in England

London, 4. Juni. Der ständige Ausschuss des Unterhauses hat mit 38 gegen 11 Stimmen einen Antrag der Labourpartei angenommen, den Frauen (schon vom 21. Lebensjahr (wie den männlichen Wählern) statt wie bisher vom 30. Jahr an das Wahlrecht zu geben.

#### Der Zustand in Albanien

Mailand, 4. Juni. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Bologna, die Aufständischen haben nach einem blutigen Kampf die Hauptstadt Triana besetzt. — Befriedigung liegt noch nicht vor.

#### Der Streit um Koffin

Konstantinopel, 4. Juni. Die Regierung von Angora hat beschlossen, die Konventionen einzuberufen, wenn die türkisch-englischen Verhandlungen über Koffin zu keinem Ziele führen sollten.

#### Arbeiterkündigungsgesetz in Amerika

Washington, 4. Juni. Abgeordnetenhause und Senat nahmen einen Antrag an, der die Regierung ermächtigt, das Gesetz von Jugendlichen unter 18 Jahren einzuschränken oder zu verbieten. Da das Gesetz eine Verfassungsveränderung darstellt, wird es den einzelnen Bundesstaaten zur Billigung vorgelegt.

#### Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Juni

Die Regierungssitze sind noch leer. Präsident Baffra eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr mit der Mitteilung, daß ein weiterer Rotstich für 1924 eingegangen ist. Er gibt dann weiter bekannt, daß ein Protest des Abg. Kemmels (Komm.) gegen seine Ausschließung eingegangen ist. Ueber den Protest entscheidet der Reichstag ohne Besprechung. Kemmels wirft dem Präsidenten vor, daß er im Uebereinstimmung gehandelt habe. Kemmels gibt zu, daß er dem Präsidenten zugerufen habe: Unverschämter Kerl! Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung über den Protest. Zur Unterbrechung dieses Antrags sind 50 Abgeordnete notwendig. Für die Unterstützung erheben sich nur die 44 Kommunisten. Eine namentliche Abstimmung findet also nicht statt. Darauf wird der Einspruch des Abg. Kemmels gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen.

Abg. Schölem (Komm.) beantragt unter heftigen Zusätzen gegen die übrigen Parteien, die im Reichstagsgebäude stationierte Polizei sofort zu entfernen. Präsident Baffra erwidert, daß diese Vorkehrungsmaßregel leider notwendig ist. Der ganze Reichstag würde sich freuen, wenn sich dies erübrigen würde (Beifall).

Abg. Könen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten Knechtlichkeit gegenüber monarchistischen Präsidenten vor. Der Präsident habe bewußt die Führung der kommunistischen Hege übernommen, auch die Sozialdemokratie beteilige sich an dieser Hege.

Abg. Henning (Nat.-Soz.) hält dem Reichstag vor, daß er 6 kommunistische Abgeordnete freisetzen habe, aber den nationalsozialistischen Abgeordneten Kriebel festhalten, obwohl es sich hier um einen Ehrenmann handle, dessen vaterländische Beweggründe sogar vom Ausland anerkannt worden seien. (Großer Lärm bei den Kommunisten, Heulerei bei den Nationalsozialisten.) Auch im weiteren Verlauf der Ausführungen kommt es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit den Kommunisten. Der Redner erklärt, wer, wie die Linke 1918 Verrat getrieben habe, müsse mit Vorbehalt an solchen Worten umgehen. (Großer Lärm links.) Die Nationalsozialisten hätten keinen Hochverrat begangen, was sie tun, das tun sie aus Vaterlandsliebe. Fraglich bleibe, ob das neue System, in dem der Ruhhandel des Zentrums mit der Sozialdemokratie die Hauptrolle spiele, ein Beweis von Vaterlandsliebe sei. (Protest des Zentrums.) Für solch ein Verhalten haben die Deutschnationalen nur Verachtung.

#### Württembergischer Landtag

Die Regierungserklärung

Stuttgart, 4. Juni.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung sprach Präsident Körner die Teilnahme an dem verabschiedungswürdigen Antrag gegen den österreichischen Bundeskanzler Seipel aus und gab dem Wunsch Ausdruck, daß dem Staatskanzler anderer Bundesstaats baldige Genesung beschieden sein möge. Darauf werden die Entwürfe bekannt gegeben und die Ausschüsse gewählt, von denen die größeren 15, die kleineren 9 Mitglieder enthalten. Ein Antrag der Kommunisten zur Aufstellung einer kommunistischen Abgeordneten wird dem Beschäftigungsausschuss überwiesen.

Dann erfolgt die Wahl des Staatspräsidenten. Mit 4 von 77 abgegebenen Stimmen wird Abg. Bagille (Bayerpartei) gewählt. Er nimmt die Wahl an und stellt nach einer Pause die neue Regierung dem Landtag vor.

Die Kommunisten erklären, daß sie das Amt des Staatspräsidenten für unmöglich halten; dem Staatspräsidenten Bagille begegnen die Kommunisten mit dem größten Mißtrauen. Staatspräsident Bagille erwidert, er habe kein Verlangen, auf diese Erklärung einzugehen. Solange die Kommunisten sich in den gesetzlichen Schranken halten, werden sie niemals Grund haben, sich über ungerechte Behandlung zu beklagen; wenn sie jedoch der Meinung sein sollten, daß für sie besondere Freiheiten auch außerhalb der Staatsgesetze bestehen, dann könnten allerdings ihre Forderungen in bezug auf den Staatspräsidenten Bagille begründet sein. Mit der Wahrnehmung des Amtes- und Ernennungsausschusses wird bis auf weiteres wieder Staatsrat Kau dem Bagille für die leitende Führung des Staatspräsidentenamtes in den letzten zwei Monaten dank, betraut; das Ministerium wird jedoch nach und nach aufgelöst.

Hierauf verliest Staatspräsident Bagille folgende Regierungserklärung:

Die staatlichen und sozialen Umwälzungen, die das Ergebnis des Weltkriegs sind, haben Europa in eine gefährliche Unruhe versetzt. Wie Deutschland bis Kriegsausbruch ein Hort des Friedens für den europäischen Kontinent gewesen war, so hängt auch jetzt die Wiederkehr ruhiger Verhältnisse davon ab, daß Deutschland wieder ein innerlich geestigler und äußerlich unabhängiger Staat wird. Ein Deutschland, das der Forderung preisgegeben wird, bedeutet die Gefahr einer Ausdehnung des Brandes, der Rußland verheert hat, auf Europa. Aus dieser Verbundenheit ihres Schicksals entnehmen auch kleine Staaten Recht und Pflicht zur Mitarbeit an den Vorhaben friedlicher Entwertung der europäischen Probleme.

Europa krank an seinen Friedensverträgen. Seine höchsten wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse erfordern ihre Erhebung durch gerechte Verträge, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verbürgen und eine gemeinsame Arbeit aller europäischen Staaten am Wiederaufbau Europas begründen.

Die Grundzüge des Vertrags von Versailles, dieses gewaltigsten Geschickes am Körper Europas, ist die Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg in verbrecherischer Absicht herbeigeführt. Seitdem ist durch zahllose Veröffentlichungen nachgewiesen worden, daß Deutschland die besagte Schuld am Weltkrieg nicht trifft. Immer gebieterischer wird deshalb der Ruf nach einem unparteiischen Urteil. Jetzt, wo die Entschuldigungsverpflichtungen Deutschlands neu geregelt werden sollen, ist gleichzeitig der Zeitpunkt gekommen, um die Grundzüge des Vertrags einer unbefangenen Prüfung zu unterziehen. Denn eine neue Feststellung der Verpflichtungen Deutschlands ist nur ein halbes Sagen, solange nicht ihre Grundzüge fest gegründet ist. Dies ist aber nur zu erreichen durch das Urteil eines unabhängigen Gerichtshofs über die Schuld am Krieg.

Die Herbeiführung einer solchen Entscheidung entspricht den feierlich handgegebenen Grundzügen der Verbündeten. Im Eingang der Völkervereinigung haben sie es als wesentliche Pflicht für die Zusammenarbeit der Nationen und die Gewährleistung des internationalen Friedens erklärt, daß die internationalen Beziehungen in aller Offenheit auf Gerechtigkeit und Ehre begründet werden. Tatsächlich haben sie bisher nach den Grundzügen der Gerechtigkeit nicht gehandelt. In der Ueberzeugung, daß nur ein gerechtes Verfahren die Grundlage für den europäischen Wiederaufbau schaffen kann, sieht es die württembergische Regierung als ihre Pflicht an, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß das dem deutschen Volk versprochene aber vornehmlich Selbstbestimmungsrecht verwirklicht und die Frage der Schuld am Krieg einem unabhängigen internationalen Gerichtshof anvertraut wird. Sie wendet sich nicht gegen die Mitarbeit Deutschlands am europäischen Wiederaufbau, sondern lediglich gegen die unwahre Grundlage der Leistungen Deutschlands und gegen ein auf diese Grundlage gegründetes Uebermaß von Forderungen. Dabei sieht sie das Gelingen der internationalen Sachverhalte als geeigneten Ausgangspunkt für die Feststellung der Leistungen Deutschlands an.

Der außerordentliche Ernst der Zeit macht es der Regierung zur Pflicht, die Staatsgewalt so zu festigen, daß sie die Erhaltung der Verfassung und die Sicherheit des Landes gegen gewalttätige Umwandlungsversuche zu verbürgen vermag. Ein Antrag zu gleichmäßiger Umänderung der Verfassung liegt gegenwärtig nicht vor.

Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Staatshaushalt und die Beständigkeit der Währung zu erhalten, steht dem Wunsch der Regierung, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu verbessern, enge Grenzen. Dem Staat und der Förderung der nationalen Arbeit, die Pflege des sozialen Bedenkens, die Fürsorge für die Notleidenden erkennen die Regierung nach wie vor als Aufgabe des Staats an. Sie hält es aber für notwendig, in höherem Maß die Verufe zu Selbsthilfe heranzuziehen. Die Abhilfe gegen Kreditnot ist die erste Aufgabe, deren Lösung versucht werden muß. In allen Fragen der Geldwertverteilung vertritt die Regierung des Grundgedanken „Treu und Glauben“ und hält infolgedessen eine Umänderung der Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernotverordnung für erforderlich.

Die wirtschaftliche und finanzielle Notlage zwingen zu weiterer Vereinfachung der Gesetzgebung und Verminderung der erforderlichen Ausgaben werden bedauerlich durchgeführt oder dem Landtag vorgelegt werden. Ob die Verabschiedung des Staatsministeriums vom 21. März (Reg.-Bl. S. 138) über die Aufstellung von Oberämtern und die Aufhebung des Landgerichts Hüll durchgeführt werden soll, beauftragt dem Landtag vom 5. April 1924 der Landtag zu entscheiden. Die Erhaltung des Berufsbeamtenstandes und die Sicherstellung seiner rechtlichen, moralischen und materiellen Grundlagen ist eine staatliche Notwendigkeit.

Trotz der Notwendigkeit der Zurückführung unserer Lebens auf größte Einfachheit und trotz aller Mühe der Regierung, die geistigen und sittlichen Grundlagen unserer Kultur erhalten zu können, ihre sorgsame Pflege ist seitens der Bevölkerung unseres Volkes.

Die Regierung erbittet die Mitarbeit aller Kreise des Volks an den schweren Aufgaben der Gegenwart. Nur ein einziges Volk kann die Not der Zeit ohne gefährliche Erschütterungen überwinden.

#### Wilhelm Bagille und Dr. Alfred Dehlinger

Wilhelm Bagille, der Führer der Bürgerpartei, ist am 25. Februar 1874 als Sohn eines Werkmeisters geboren. Von 1902-1910 war er Amtmann bei der Stadtdirektion Stuttgart und kam dann in die Zentralfstelle für Gewerbe und Handel. Auf dem Gebiet der Staats- und Kommunalverwaltung trat er wiederholt schriftstellerisch hervor mit einer Reihe von Vorträgen und Schriften, die den tüchtigen Fachmann verraten. Der politischen Bewegung wandte er sich schon in frühen Jahren zu und nahm namentlich als Führer der jungliberalen Bewegung am politischen Leben teil. Während des Kriegs war er Präsident der Reichsverwaltung der belgischen Provinz Limburg. Nach der Revolution war er Mitbegründer und Führer der Bürgerpartei. — Dr. Alfred Dehlinger ist am 20. Mai 1874 geboren und machte im Finanzdepartement eine rasche Laufbahn durch. Auch war stiefsohnlicher Sohn, 1915 trat er als Kriegsveteraner beim Landsturm ein, wurde Offiziersaspirant, folgte in dessen später einem Ruf in das Reichsamtamt. 1918 kam er in den Militär-Dienst zurück und wurde Ministerialrat im Finanzministerium. 1916 trat er als Konferenzrat in den Gemeinderat ein. Bezeichnend für ihn sind die damals gesprochenen Worte: „Das Können und Willen ist für mich die Hauptsache; entscheidend für mich ist die Gesinnung und die Grundanschauung, wie man sein Wissen und Können anwendet: Fürchtetlos und treu! Das eigene Ich ist nichts, im Ganzen, das allgemeine Wohl alles. Das ist meine Pflichtauffassung als Deutscher und als konsequenter Christ im Krieg und im Frieden.“

#### Württemberg

Stuttgart, 4. Juni. Vom Landtag. Von den Abgeordneten Dr. Höfcher (BB.) und Ströbel (BB.) ist folgende kleine Anfrage eingebracht worden: In verschiedenen Debatten ist durch Hagelstichlag schwerer Schaden angerichtet worden. Wir fragen an, was die Regierung zur Vermeidung der Not zu tun gedenkt? Bei der Schwere der Schäden ist rasche Hilfeleistung dringend nötig.

Die Sozialdemokratie hat im Landtag eine Reihe Grobfragen gestellt. Die eine betrifft die Neuordnung der Beamtenbesoldung im Reich, eine zweite die Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstags für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten, eine dritte Umänderung der Landes- und Provinzialverwaltung, während eine vierte gegen die Maßnahmen von Bankrottverwaltern sich wenden und verlangen, daß sie den Bankrotgestellten gesetzlich zustehenden Rechte nicht schmälern werden.

Abg. Vides hat auf sein Mandat im Landtag verzichtet und wird nur sein Reichstagsmandat ausüben. Für ihn tritt Postinspektor Hartmann (D. Volksp.) in den Landtag ein.

Neue katholische Kirche. In einer nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats wurde der Plan zur Erneuerung der Erbauung einer katholischen Kirche in den Eichenanlagen vorgelegt.

Richtlinien für die amtliche Sprachhilfe. Nach einer Vereinbarung der Ministerien des Innern, der Arbeit und der Ernährungsangelegenheiten kann zur Durchsicht und Begutachtung von Entwürfen zu Gesetzen und amtlichen Erlassen von größerer Wichtigkeit in bezug auf Sprache und Form die Unterstützung des Deutschen Sprachvereins (Zweigverein Stuttgart) beigezogen werden, sofern sie zur Bekämpfung in den staatlichen Organen oder den Bezirksamtsbehörden bestimmt sind. Die staatlichen Behörden haben sich dabei der Vermittlung ihres vorgelegten Ministeriums zu bedienen. Bei gebeten zu haltenden Entwürfen soll die amtliche Sprachhilfe nicht herangezogen werden, doch kann ausnahmsweise der Vorsitzende des Vereins allein um Unterstützung ersucht werden. Für die Sprachprüfung des Sprachvereins ist eine Vergütung zu zahlen.

#### Aus dem Lande

Bödingen, 4. Juni. Selbstmord. Der frühere Bäckermeister und Kommisar Leonhard Ulfeld hat seinen Leben durch Erhängen in seiner Wohnung ein Ende bereitet. Ein unbedeutendes Verbrechen ist zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Calmbach, 4. Juni. Waldbrand. Im Gemeindewald Rölling, an der Straße nach Calw, brach ein Waldbrand aus.

Brand aus  
Brand aus  
sol best

Nachdem  
mann  
bei ihren  
begleitend  
reil —  
no keine

Behandlung  
zu r  
nahm ihr  
darauf wo  
Bühnen  
nung von  
einem  
war. 66

Tatlin  
verein  
abgeholt  
nung  
Kritiken  
jastanden  
weiterer  
zum Teil  
hand mit  
Jahre  
frage, die  
Großhand  
wischen  
ten. Als

Blende  
ei tag  
auspacke  
von etwa  
zur Aufw

#### Ein

reden  
es als  
tender  
gegen, wo  
untere  
Sage ist,  
Pflicht  
daß es  
wohl unter  
der eine;  
ist nur  
len  
Eintracht  
Witterung  
kommen.  
erget. „Re  
man hoffen  
Jahr, aber  
ein wenig

Zur  
büren  
schen  
15 v.  
hat das

#### Mit Sie

und

Kauf den  
durch die  
Emilia  
Lindia,  
und etw  
das vielfa  
es zu sag  
Es mar  
Ber, in  
den Kon  
Flagg  
Häuser  
aufnahm  
stele Deu  
kommen  
ne Deutsche  
Schwarz  
kennen  
nur so bag  
von Mü  
Jehung  
bre  
in  
Berlin).  
dieser  
in? —  
Bergr  
geseht  
auch zu  
waren  
höhen  
land, De  
Erviva  
und die  
Kaiser  
aufh  
Wier  
glücken









**Ämtliche Bekanntmachung.**

Die Firma Vereinigte Deckenfabriken Calw H.G. hat für ihr an der Waldach auf Markung Nagold bei Hirschaufen gelegenes Werk folgende Gesuche eingereicht:

- I. a) Um Genehmigung der um 5 cm zu hohen Wehrstufe und der um 11 cm zu tiefen Oberkante der Wasserfallstufe;
- b) Um Verleihung des durch die höhere Wehrstufe am Werk entstandenen erhöhten Wasseranhebungrechts.
- II. Um Verleihung des Rechts aus der Waldach das zur Kondensation der Dampfmaschine erforderliche Wasser, das wieder restlos der Waldach zuzelführt wird, und zur Speisung der Dampfmaschine täglich bei geschätzter Arbeitszeit 42 cbm Wasser einzunehmen zu dürfen.

Die Pläne u. Beschreibungen liegen beim Oberamt Nagold zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen das vorliegende Gesuch sind binnen 14 Tagen, vom Tag nach Erscheinen dieses Blattes an gerechnet, beim Oberamt schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können dieselben in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.  
Nagold, den 3. Juni 1924.  
J. H. Werft, st. Amtmann.

Nagold.  
Am Samstag, den 7. Juni abends 7 Uhr  
berichten wir den heutigen 1976

**Grasertrag**

unserer Anlagen.  
Bezirkskrankenhäuser-Verwaltung.

Wildberg-Ruppingen.  
Statt jeder besonderen Einladung!

**Hochzeits-Einladung.**

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestalten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

**Freitag, den 9. Juni 1924**

in das Gasthaus „Wären“, in Wildberg freundlich einzuladen. 1968

**Fritz Ohngemach**     **Käthe Majer**  
Drehermeister     Tochter des  
E. d. Ohngemach     Martin Majer  
Dreherm. i. Wildberg     Bauer in Ruppingen.

Abschgang 1 Uhr.

Sür die Wander- und Sommerzeit!  
**Gitarren und Mandolinen**  
**Gitarretaschen,**  
**schöne Zierbänder**  
in großer Auswahl bei  
**G. W. Zaiser, Nagold.**

**Nächste Geld-Lotterien:**

**Eisenacher Geldlose 1 M.**  
13 Lose 12 M., Porto u. Liste 20 A mehr

**Säuglings-Geldlose 1 M.**  
13 Lose 12 M., Porto 10 A mehr

**Kinderfürsorge-Geldlose 1 M.**  
13 Lose 12 M., Porto 10 A mehr

**Baudenkmal-Geldlose 2 M.**  
13 Lose 24 M., Porto u. Liste 20 A mehr

19136  
Geld-  
gewinne **94000 M.**  
Haupt-  
gewinn **15000,5000 M.** usw.

Die 4 Lose franko mit Liste gegen  
Vorauszahlung nur 1.20.

Geldlosentzettel gratis  
in 10 M. 20 A., 20 M. 20 A. bis zu 20 M.

**J. Schweickert, Stuttgart**  
Marktstr. 6, Postfach 10000 Stuttgart  
Hier bei allen Verkaufsstellen

Über-  
sicht-  
liche **Wandfahrpläne**  
gültig ab 1. Juni 1924  
verrätlich bei  
**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

**Pferdverkauf**

am nächsten Samstag,  
morgens 7 1/2 Uhr auf der  
Stadtplatz-Rangier in  
Nagold. 2002

In nächster Zeit kommt  
eine fehrbare

**Motorbandsäge**

nach hier.  
Aufträge für das  
**Sägen von Brennholz**  
vor dem Hause erbittet  
unabhängig 1997

**Hermann Grisinger**  
Burgstraße.

Ein Quantum  
**Buchenholz**

hat noch abzugeben b. O.

**Gesangbücher**

empfehlen  
**Buchhandlung Zaiser**

**Sensen**  
**Wetzsteine**  
**Kümpfe**  
**Wörbe**  
**Hauen**  
**Gabeln**  
**Rechen**  
**Schaufeln**  
**Hack- u.**  
**Häufelpflüge**  
sowie alle übrigen  
Bedarfsartikel für  
Frühjahr und  
Sommer  
empfehlen zu billig-  
sten Preisen  
**Berg & Schmid**  
1948 Nagold.

**Bekanntmachung**  
über  
**Vermögenssteuer.**

Nachdem nun der Richttag für die Stadtgemeinde Nagold für landwirtschaftlich benutzte Grundstücke auf 1800 Mark pro ha festgesetzt ist, werden die Steuerpflichtigen von Nagold welche ihre Vermögenssteuererklärungen noch nicht abgegeben haben, aufgefordert, dies jetzt nachzuholen. Waldbesitzer können die Bemessungssätze pro Hektar, die für den Wald in Betracht kommen, bei dem Ortssteueramt erfahren. Der letzte Tag zur Abgabe der Steuererklärungen ist der 14. Juni. Bei Ueberschreitung dieser Frist können den Beteiligten Nachteile entstehen. Die Gewerbetreibenden ohne land- oder forstwirtschaftlichen Besitz wollen ihre Steuererklärungen alsbald abgeben, soweit dies noch nicht geschehen ist.  
Altenfeld, den 4. Juni 1924.  
2006     Finanzamt: Guberich.

**Christian Kempf**  
**Maria Kempf**  
geb. Dürr  
Vermählte  
Ebhausen     5. Juni 1924.     Wart

Effringen O.N. Nagold.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Dennit beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am  
**Freitag, den 9. Juni 1924**  
stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum „Fisg“ in Effringen freundlich einzuladen. 1910

**Jak. Fr. Dürr**     **Pauline Weif**  
Bauer, Sohn des     Tochter des  
Jak. Fr. Dürr, Bauer     Jakob Weif, Bauer  
und Gemeinderat     und Gemeinderat  
in Effringen.     in Effringen.

Abschgang 11 1/2 Uhr.  
Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

**Neueste Taschenfahrpläne**

gültig ab 1. Juni 1924  
vorrätig bei **Buchhandlung ZAISER, Nagold.**

**Wolfsaufsatz**  
**„Schradertrank“**  
Gesundheitlich bewährt  
gibt den besten Hamstrank. Seit Jahrzehnten bewährt.  
In Dosenpackung für 100 u. 150 Liter. Überall erhältlich.  
**Hugo Schrader vorm. Jul. Schrader, Feuerbach-Stuttgart**

**Moden-Zeitung**  
fürs Deutsche Haus.

Probennummern kostenlos.  
Bestellungen nimmt jederzeit entgegen  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

**Möbelschreinereien kaufen**  
**Mattierungen, Polituren, Wachsbeizen, Leim usw.**  
in bester Qualität zu Fabrikpreisen bei  
**Karl Ungerer, Nagold. Telef. Nr. 4.**

  
**Für die Reise!**  
**Mey's Kragen**  
mit feinem Wäschestoff  
Leichtes Durchziehen des Selbstbindens bei den Seilen  
**Standard, Gloria X**  
Für die warme Jahreszeit, da besonders niedriger  
**International Amsterdam**  
1 Dutzend in Schachtel  
M 1.50—1.80 je nach Form  
Vorrätig bei  
**G. W. Zaiser.**  
Ferner erhältlich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Stuttgart-Oberschwanden, 3. Juni 1924.  
  
**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mütter, Großmutter und Tante  
**Magdalene Zeitter, geb. Walz**  
Sylvanmisters Witwe  
insbesondere für die liebevolle Verpflegung, welche sie im Krankenhaus zu Nagold genossen durfte sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank  
1985 die trauernden Hinterbliebenen.

**Rübenzuchtlinge**  
2007 verkauft  
**Kinderheim Nagold.**

**Der Naturklub in Württemberg**  
Von Hofmeister  
**Otto Feuchl**  
mit 67 Bildern  
Vorrätig bei  
**Buchhandlung Zaiser**

Der Unterzeichnete hat  
ca 25 Hekt. 2004  
**Weizenstroh**  
und einen Wagen  
**Schneefutter**  
zu verkaufen.  
**Christian Platz**  
Vondorf im Bln.

**R.S.N. 8 H. Eriol.**  
Viol., Cello  
und Klav. u. Mozart in  
Bd. u. dm. 2008

Verkaufe einen 1909  
**2-Spanner-  
Laugholzwagen**  
mit Leitern.  
**Felebr. Schumacher**  
Oberschwanden.

**Zementröhren**  
20 cm Durchmesser, für  
Gemeinden, welche Feld-  
bereinigungen ausführen,  
preiswert, verkauft weit  
unter Tagespreis  
Schmid + Köhrhäh.  
Nagold.  
**Junge  
Gutchen**  
verkauft  
Freudenstädterstr. 115.

**Pfingsten, das liebe Feste, kommt!**  
Geben  
Sie Ihre  
**Pfingstangeige**  
so bald wie möglich, heute noch, an!

Nagold. 1909  
Eine gute  
hochleide  
Misch-  
Ziege  
steht zum Verkauf auf  
Lohrer, Oberschwanden u. O.